



DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Landtagswahlen in Thüringen haben große Probleme zutage befördert. Ob sie zu lösen sind, wird sich sicherlich erst in den nächsten Wochen zeigen. Im Hinblick auf die Landtags- und Bundestagswahlen im nächsten Jahr muss man sagen, dass die CDU ein Unsicherheitsfaktor geworden ist, wenn es darum geht ein breites Regierungsbündnis gegen die Rechten in der Gesellschaft einzugehen. Das sollte man auch bei seiner Stimmabgabe berücksichtigen.

Eines ist auch klar geworden: „Wer AfD wählt, entscheidet sich gegen die Demokratie“.

Wir sind erschüttert von den Ereignissen in Hanau, wo wieder Menschen sterben mussten, weil eine verblendete Person wild um sich schoss. Wir trauern mit den Angehörigen. So kann es nicht weiter gehen. Die Politiker müssen sich stärker mit den Ursachen auseinandersetzen.

Erfreulich war das Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Hier hat die SPD zwar Stimmen verloren, aber sie konnte noch die meisten Stimmen erreichen.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen

Christine Walther

Die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten hat zunächst nur die Spitze des Eisberges sichtbar gemacht. Richtig klar wurden die Machtspiele der CDU und FDP, als es darum ging die Wahl eines linken Ministerpräsidenten zu verhindern. Hätten die beteiligten Parteien nicht ehrlich über die Probleme vorher miteinander sprechen können? Ein Vertrauensbruch ist eingetreten, der sich so schnell nicht wieder kitten lässt. Nur auf Druck von außen gab Herr Kemmerich seinen Posten wieder her. Die Parteien streiten sich untereinander und die AfD freut sich, dass ihr Trick geklappt hat.

Wie ist die Situation in Thüringen wieder zu heilen?

Wer AfD wählt,
entscheidet sich gegen die Demokratie.

Eigentlich liegt der Schlüssel zur Lösung der verfahrenen Situation bei der CDU. Die Bundes-CDU versteckt sich ängstlich hinter ihren Parteibeschlüssen, nicht mit der AfD und den LINKEN zusammenzuarbeiten und blockiert damit die Lösungsfindung in Thüringen. Man kann aber beide Parteien, die Linken und die AfD, nicht gleichsetzen. Das zeugt von einem sehr schlechter unflexiblen Politikstil. Ich hätte erwartet, dass man wenigstens für eine sachbezogene Politik zur Verfügung steht und gemeinsam gegen die rechte AfD-Politik der Ausgrenzung und der Hetze vorgeht. Man gewinnt den Eindruck, dass Teile der CDU nicht nur in Thüringen gern mit der AfD zusammenarbeiten würden. Hier offenbart sich der richtige Eisberg.

Immerhin genießt Bodo Ramelow ein hohes Ansehen in seinem Bundesland. Die Wähler haben das bereits in den ersten Wahl-Umfragewerten honoriert. Die Ereignisse in Thüringen haben lange Zeit in den Nachrichtensendungen dominiert und leider muss ich Parallelen zu Sachsen-Anhalt sehen.

Ob man durch Disziplin und Führungsstärke die CDU in den vorwiegend ostdeutschen Bundesländern noch lange zusammenhalten kann, möchte ich bezweifeln. Nur eine konsequente Trennung von allen Mitgliedern, die nach rechts tendieren, kann noch helfen.

Sollten das so weitergehen mit der CDU und deren Tendenzen zur Zusammenarbeit mit der AfD, sehe ich die Notwendigkeit, dass die SPD die Zusammenarbeit mit der CDU in der GroKo beendet. Das würde Neuwahlen im Bund bedeuten.

Was mich ärgert ist, dass keine Ursachenforschung für das Erstarken der AfD stattfindet und auch nicht versucht wird Ursachenbekämpfung der Politikverdrossenheit zu betreiben. Es ist sicherlich auch ein komplexes Thema. Sollte der Trend des Anwachsens der AfD anhalten, ist die Demokratie in Gefahr.

Mir ist auch noch nicht so richtig klar, wie sich in Thüringen die verfahrenere Situation ändern soll, wenn die CDU sich nicht bewegt. Diese Problematik muss man aber der Bundes-CDU vorwerfen, die die Besonderheit in den ostdeutschen Ländern nicht berücksichtigt und damit ebenfalls Schuld an der ganzen Misere trägt. Bei einem Bündnis gegen rechts, muss die CDU die Situation noch mal neu überdenken.

Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

In einer mehrteiligen und würdigen Veranstaltung haben am 27.01.2020 Vertreter der Stadt an die Opfer des Nationalsozialismus und des 75. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers in Auschwitz gedacht.

Ab 15 Uhr fand die Ausstellungseröffnung und Gedenkveranstaltung im Stadtarchiv statt.

Danach schloss sich ein Gedenkmarsch zum Stolperstein für Dr. Julius Liebeschütz in der Kavallerstraße an.

Anschließend ging es weiter zum Gedenken und zur Kranzniederlegung am OdF-Denkmal im Stadtpark.



Neujahrsempfang des SPD-Landesverbands

Christine Walther

Es gehört zur guten Tradition der Landes-SPD einen Neujahrsempfang durchzuführen. Diesmal fand die Veranstaltung am 3.2.2020 in der Festung Mark in Magdeburg statt. Die neue Vorsitzende Juliane Kleemann hielt die Eröffnungsrede. Danach sprach Falko Grube, Mitglied des Landtags und Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Die SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Katja Pähle schloss sich als letzte Rednerin an und warb für die Streikenden der AMEOS-Kliniken. Dazu konnte jeder in die große Sammelbox spenden, was ich später auch getan habe. Viele Gäste waren gekommen. Aus Köthen konnte ich zahlreiche Vertreter der SPD begrüßen und aus Dessau-Roßlau waren immerhin 7 SPD-Mitglieder vertreten. Es war ein kurzweiliger Abend für mich mit interessanten Gesprächen.



*Einladung
zum 7. Teil der Veranstaltung
„Eine Vision für Dessau-Roßlau – Kulturentwicklung“
Dazu konnten wir Dr. Robert Reck gewinnen.*

*Die Veranstaltung wird
am Montag, 9. März 2020, um 18 Uhr,
AWO, Parkstr. 5, 06846 Dessau-Roßlau
stattfinden.*

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de

Medizin und Pflege- wohin steuern wir?

Robert Hartmann

In unserem Projekt "Zukunftsvision für Dessau-Roßlau" hatten wir uns über die medizinische Versorgung und die Pflege Gedanken gemacht. Wir reden von unserem Gesundheitssystem und meinen aber die Versorgung im Krankheitsfall und in der Pflege. Es geht um eine optimale Krankenversorgung und natürlich auch um eine Gesundheitsvorsorge. Grundsätzlich sind wir in unserer Stadt damit relativ gut aufgestellt. Damit das so bleibt, muss das System jedoch regelmäßig an die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen angepasst werden.

Aktuell stellt uns insbesondere der demographische Wandel mit all seinen Folgen vor große Aufgaben, insbesondere in der Gesundheitspolitik. Unter anderem ist es der Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen, der uns Sorge bereitet. Wir müssen Antworten auf Fragen finden, wie wir medizinische Innovation, ohne explodierende Kosten, schnell umsetzen können.

Die ambulante und stationäre Versorgung ist insgesamt gut. Dennoch kann das Prinzip nicht allein von den Strukturen und der Wirtschaftlichkeit her gedacht werden. So wird schon mal auf eine ganzheitliche Behandlung verzichtet, wenn ein Nacheinander der Hilfen für den Leistungserbringer wirtschaftlicher ist. Wir kämpfen weiterhin gegen ein „Zwei-Klassen-System“ von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Wir kämpfen für eine Bürgerversicherung, in die alle Beschäftigten einzahlen.

Gesundheitsförderung ist eine Querschnittsaufgabe und ist dann besonders erfolgreich, wenn sie vor Ort im Lebensalltag der Menschen ansetzt. Den besten Zugang zum Lebensumfeld haben die Kommunen mit ihren öffentlichen Einrichtungen. Daher gilt es lokal gesunde Lebenswelten zu entwickeln und Netzwerke zu fördern, die der Gesunderhaltung, der Selbsthilfe und der Pflege dienen.



In Dessau-Roßlau ist ein dichtes Netz von Allgemeinmedizinern vorhanden. Bis auf die sehr kleinen Ortschaften praktiziert mindestens ein Allgemeinmediziner je Ortschaft oder Stadtbezirk. In den innerstädtischen Stadtbezirken sind – neben vielen Fachärzten – neun Allgemeinmediziner und 31 Zahnärzte niedergelassen. Die von der Kassenärztlichen Vereinigung in Selbstverwaltung betriebene Zulassung an Fachärzten ist in unserer Stadt ausgeschöpft. Der Bedarf an Fachärzten ist abgedeckt. Lediglich bei den Hausärzten sind ca. 11 Stellen frei. In Relation zu der Einwohnerzahl gibt es insbesondere im Stadtteil

Roßlau zu wenig praktizierende Allgemeinmediziner.

Krankenhäuser befinden sich in den Stadtbezirken Alten mit dem Klinikum Dessau und dem St. Joseph-Krankenhaus Dessau, Fachkrankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychotherapeutische Medizin, so wie in Ziebigk/Siedlung das Krankenhaus der Anhaltischen Diakonissenanstalt. Beide Standorte sind in das Öffentliche Personennahverkehrsnetz eingebunden und gut erreichbar. Sie nehmen wichtige Versorgungsfunktionen für die Bewohner von Dessau-Roßlaus aber auch für das Umland wahr und sind integraler Bestandteil der Funktionen der Stadt als Oberzentrum.

Das Klinikum der Stadt Dessau und das Diakonissenkrankenhaus betreiben Medizinische Versorgungszentren (MVZ). Ziel ist es dabei eine Verknüpfung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung herzustellen.

Möglichst selbstbestimmt und gut versorgt zu Hause alt werden, so wünschen sich fast alle Menschen ihren Lebensabend. "Ambulant vor stationär" lautet die dazu ausgerufenen gesundheitspolitische Devise in Deutschland. Doch ohne die in und von den Familien selbst geleistete, nichtberufliche Pflege wäre das schon heute niemals leistbar.

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de

Die Pflege durch Angehörige ist die tragende Säule in der Pflegestatistik. Deshalb stellt der demografische Wandel für die Pflege eine riesige Herausforderung dar. Die längere Lebenserwartung schenkt uns mehr gesunde Jahre, aber auch mehr alterstypische Erkrankungen und mehr Pflegebedürftige in hohem Alter. Der Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass insgesamt immer weniger Menschen immer mehr Ältere pflegen und versorgen müssen.

Die Familie als festes, verlässliches Netzwerk wird fragiler und die Zahl allein lebender älterer Menschen steigt an. Familiäre Pflegepotenziale nehmen ab. Insbesondere ist das ein Problem in Ostdeutschland. In Brandenburg müssen z.B. von 100 Personen die über 75 Jahre alt sind, 11 ambulant betreut werden. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sind es hingegen nur 5,8 Personen.

Stellt sich die Frage: Wie lässt sich das wachsende Ungleichgewicht von Bedarf und Angebot an Pflegenden auffangen? In Prognosen ist die Rede von zusätzlichen Pflegekräften, die nötig sind, um die demografisch bedingte Zunahme des Pflegeaufkommens aufzufangen. Vor allem die ambulante Pflege erweist sich als Wachstumsbranche und leidet unter Fachkräftemangel. Aktuell ist in unserer Stadt die stationäre Kurzzeitpflege unterrepräsentiert.

Doch wie stellen wir uns die künftige die Medizinische- und die Pflegeversorgung vor?

Durch die Aktivitäten im Bund hat sich eine Bürgerversicherung etabliert, wo alle Beitragszahler ihre



Kranken- und Pflegebeiträge einzahlen. Damit ist eine solide Finanzierung für alle Bevölkerungsschichten gesichert. Die Krankenhäuser in unserer Stadt sind finanziell abgesichert und haben ihre fachliche Ausrichtungen in den regionalen Strukturen abgestimmt. Die Krankenhäuser in unserer Stadt stehen nicht in Konkurrenz und Wettbewerb zueinander, sondern sie ergänzen sich und pflegen eine Zusammenarbeit. Dabei sind auch die Medizinischen Versorgungszentren mit eingebunden.

Die niedergelassenen Facharztstellen und die optimale Zahl an Allgemeinmedizinern ist gedeckt.

Unser Öffentlicher Nahverkehr hat darauf reagiert, dass sämtliche medizinischen Versorgungseinrichtungen optimal an das Verkehrsnetz angeschlossen sind. Die Haltstellen sind barrierefrei und angemessen nah an den jeweiligen Versorgungspunkt gelegt.

Für die Pflege im Alter ist gesorgt. Dort wo keine familiäre Pflege möglich ist, ist Pflege stationär oder ambulant ermöglicht. Um die häusliche/familiäre Pflege zu erleichtern, ist die Kurzzeitpflege als ein festes und verlässliches Angebot abrufbar.

Um den Pflegeaufwand durch Dienstleister zu entlasten und die private Atmosphäre zu verbessern, haben sich Senioren WG's mit Selbsthilfe, betreutes Wohnen und selbstorganisiertes generationsübergreifendes Wohnen etabliert. Hierfür hat eine Beratung und kommunale Unterstützung stattgefunden.

Inklusion von Kranken und durch das Alter gezeichneten Menschen ist eine Selbstverständlichkeit.

Um das erforderliche Personal für den medizinischen und den Pflegebereich zu bekommen, sind tarifgerechte Entlohnungen eine Selbstverständlichkeit. Es wird notwendig sein, sich um Arbeitskräfte aus dem Ausland zu bemühen, diese auszubilden und ebenso tarifrechtlich zu entlohnen.

Der zunehmenden Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung stehen wir offen gegenüber. Die Digitalisierung wird als Chance verstanden, die größer werden Aufgaben mit dem möglichen Personal insbesondere in den städtischen Randbezirken zu verbessern.

Möglich wird dieser Fortschritt der digitalen Medizin durch verschiedene technische Errungenschaften, angemessene Datensicherheitsstandards, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sowie die zunehmende Bereitschaft der Gesellschaft, aktiver in ihre Gesundheitsversorgung eingebunden zu werden.

Damit stehen uns noch eine Reihe großer Aufgaben bevor!

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de

Das Netzwerk Gelebte Demokratie ruft auf:

VERSÖHNUNG SCHAFFT FRIEDEN

Zahlreiche Gedenkaktionen am 07. März 2020 in Dessau-Roßlau



Am 07. März 2020 jährt sich zum 75. Mal die Zerstörung unserer Stadt im 2. Weltkrieg. Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE nimmt zusammen mit zahlreichen Partnern diesen Tag zum Anlass, um mit einem Gedenkprogramm unter dem Motto VERSÖHNUNG SCHAFFT FRIEDEN ein deutliches Zeichen der Mahnung zu setzen.

Dabei wird nicht nur die Geschichte Dessaus im Mittelpunkt stehen. Als zentralen Programmpunkt wird es einen Rundgang in der Innenstadt geben, der ebenso an die Zerstörung und Blockade der europäischen Städte Guernica, Warschau, Leningrad und Coventry erinnert.

Als engagierte Bürgerinnen und Bürger, demokratische Parteien, Kirchengemeinden, Kultureinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen und Vereine an Elbe und Mulde werden wir am 07.03.2020 zugleich für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit eintreten.



Damit überlassen wir diesen Tag nicht der Instrumentalisierung durch extreme Rechte.

Außerdem wird es ein Programm im Stadtpark und dem Bauhaus-Museum, zahlreiche Aktivitäten in Dessau-Nord und ein Nachbarschaftsfest auf dem Bauhausplatz geben.

**Bitte helfen Sie mit, dass aus unserer Stadt am 07. März 2020 eine klare Botschaft gesendet wird:
VERSÖHNUNG SCHAFFT FRIEDEN!**

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de


Zur Information – Facebook SPD Ludwigshafen

DIE LUDWIGSHAFENER SOZIALDEMOKRATIE TRAUERT UM DR. WERNER LUDWIG

Die Ludwigshafener Sozialdemokratie trauert um Altoberbürgermeister und Ehrenbürger Dr. Werner Ludwig. „Wie kein anderer hat Werner Ludwig die Entwicklung unserer prosperierenden Stadt und auch der Pfalz über Jahrzehnte hin geprägt. Mit seinem gesamten Lebensweg ist er für uns alle ein bleibendes Vorbild im Einsatz für Demokratie, Solidarität und Menschlichkeit. Wir verneigen uns vor seiner Lebensleistung“, sagt Parteichef David Guthier.

Werner Ludwig, am 27. August 1926 in Pirmasens geboren, musste 1933 mit seiner sozialdemokratisch geprägten Familie nach Frankreich emigrieren. Noch im Exil trat er an seinem 20. Geburtstag in die SPD ein. „Aus vielen persönlichen Gesprächen weiß ich, dass Werner Ludwig durch die Zeit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft sehr geprägt wurde. Er stand stets für ein glasklares Bekenntnis gegen Rassismus, Antisemitismus sowie jedwede Art rechter Gesinnung und ist immer für freien Journalismus als wichtige Grundlage demokratischer Meinungsbildung eingetreten“, betont Guthier.

Die Stärkung und Weiterentwicklung der Sozialdemokratie hat Werner Ludwig auch während seiner Zeit als Oberbürgermeister von Juli 1965 bis Juni 1993 immer am Herzen gelegen, etwa im Amt des pfälzischen SPD-Vorsitzenden von 1962 bis 1980. „Bei seinen Spaziergängen durch die Quartiere hatte Werner Ludwig immer Zeit für viele Gespräche mit den Menschen. Auch am Parteileben hat er noch 2019 aktiv teilgenommen und schaute öfter im Quartierbüro Gartenstadt vorbei. Sein Heimatsortsverein trauert um sein größtes Mitglied“, sagt der Gartenstädter SPD-Vorsitzende, Ortsvorsteher Andreas Rennig.



Dr. Werner Ludwig
(*27.08.1926 - †25.02.2020)

„Mit seinem gesamten Lebensweg ist er für uns alle ein bleibendes Vorbild im Einsatz für Demokratie, Solidarität und Menschlichkeit. Wir verneigen uns vor seiner Lebensleistung!“

David Guthier
Partei- & Fraktionsvorsitzender
SPD Ludwigshafen am Rhein

Ludwigshafen am Rhein
SPD

„Als Vorsitzender des Bezirkstages Pfalz, Vorsitzender des Vereins Naturpark Pfälzerwald, Vorsitzender der Nahverkehrsgemeinschaft Rhein-Neckar und als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetags war er ein starker Interessenvertreter Ludwigshafens und gern gehörter Ratgeber weit über die Stadtgrenzen hinaus. Durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Pfalzwerke festigte er über 33 Jahre auch die Energieversorgung der Region“, erinnert Guthier. „Werner Ludwig hatte

dabei bis zum Ende seiner Dienstzeit die Vision einer modernen Stadt am Rhein vor Augen. So entstand der Bebauungsplan Rheinufer Süd und die Planungsphase der S-Bahn Rhein-Neckar noch unter seiner Ägide. Die Öffnung der Stadt an den Rhein in ihrer heutigen Form trägt seine Handschrift.“ Entsprechend lang ist die Liste der Auszeichnungen für Werner Ludwig. Unter anderem überreichte ihm 1984 der DGB die Hans-Böckler-Medaille. 1986 folgte die Ehrenbürgerschaft der Partnerstadt Havering in Großbritannien. Der Bezirksverband verlieh ihm im gleichen Jahr den Pfälzer Löwen, 1990 wurde Ludwig das große Bundesverdienstkreuz verliehen, gefolgt von der Europa-Union-Nadel in Gold (1992). Die Stadt Ludwigshafen am Rhein ernannte ihn 1993 zum Ehrenbürger der Stadt. Für die Verdienste um die – Werner Ludwig auch persönlich sehr am Herzen liegende – deutsch-französische Freundschaft wurde ihm 1995 der „Officier de l’Ordre National du Mérite“ und 2015 der „Officier de la Légion d’Honneur“ verliehen.

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de



Den Geburtstagskindern im März herzlichen Glückwunsch!!

Joachim Liebig, Rita Till, Mathias Stock, Bärbel Rabe,
Randolph Hoffmann, Harald Laue, Gabriele Suchfort,
Hendrik Reinhardt, Helmhart Schremmer, Mario Hoff,
Andreas Wörl, Andreas Kronberg und Udo Gebhardt



Impressum

DER ROTE SPATZ wird an die Mitglieder der Dessauer SPD-Ortsvereine Süd, Siedlung-Ziebigk-Kühnau und Mildensee-Waldersee versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite www.derrotespatz.de zum Download bereit.

Herausgeber sind die Dessauer SPD-Ortsvereine Süd, Siedlung-Ziebigk-Kühnau und Mildensee-Waldersee .

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche
Einsendungen bitte an: hallo@derrotespatz.de

Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

Vision Dessau-Roßlau 2030 –Kultur

Mo., 9.03.2020, ab 18 Uhr, AWO, Parkstraße 5

SPD-OV-Süd,

Do., 12.03.2020, 18 Uhr, Jägerklause

SPD-OV-Roßlau,

Di., 17.03.2020, 18:30 Uhr

SPD-OV-SiZiKü,

Di., 17.03.2020, 18 Uhr, AWO, Parkstraße 5

Mehr interessante Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.derrotespatz.de